

Zur Schließung des Römermuseums Mengen-Ennetach

Plädoyer des Museumsverbandes Baden-Württemberg für einen verantwortungsvollen Umgang mit musealen Einrichtungen

Zum Jahreswechsel hat die Stadt Mengen ihr weiterhin anerkanntes, erst im Jahr 2001 eröffnetes Römermuseum überraschend wieder geschlossen. Fast einstimmig hat der Gemeinderat am 12. Dezember 2015 dafür votiert und möchte damit – so die Presseberichte – vor allem Kosten für den Betrieb sowie für notwendige Investitionen einsparen. Der Museumsverband Baden-Württemberg bedauert diese Entscheidung, die einen Verlust für die vielfältige Museumslandschaft im Südwesten, aber auch für die Attraktivität des Standorts Mengen bedeutet. Aus Sicht unseres Verbandes bietet der konkrete Fall Anlass, grundsätzliche Überlegungen zum verantwortungsvollen Umgang mit musealen Einrichtungen durch die Politik anzustellen.

Genügen Fördergelder als Anreize für die Gründung eines Museums?

Neben der fachlichen und regionalen Bedeutung des jeweiligen Museumsthemas, vorhandenen Sammlungen, dem Engagement in der Bürgerschaft, dem politischen Willen sowie den Erwartungen an eine damit verbundene Attraktivitätssteigerung für Bevölkerung und Touristen sind immer wieder auch die Möglichkeiten, die staatliche Fördergelder durch Anschubfinanzierungen den Kommunen und Institutionen bieten, ausschlaggebend für die Entscheidung zu Museums-Neugründungen.

Das Römermuseum Mengen-Ennetach wurde maßgeblich durch die Förderung des LEADER-Programms für die Entwicklung der ländlichen Regionen Europas ermöglicht, welches 70% der Bau- und Einrichtungskosten getragen hat. Es gehörte bis zur Schließung gemeinsam mit dem Federseemuseum Bad Buchau, dem Heuneburgmuseum Herberlingen und der Bachritterburg Kanzach zum Netzwerk «Zeitreise Oberschwaben». Diese Museen und mehrere gemeinsame Projekte wurden ebenfalls durch LEADER gefördert. Das Römermuseum konnte kostenfrei von Objekt-Restaurierungen durch das Landesdenkmalamt Baden-Württemberg profitieren. Es

erhielt den Preis für vorbildliches Bauen der Architektenkammer Baden-Württemberg, den Archäologiepreis Baden-Württemberg und den Preis «Vorbildliches Heimatmuseum» des Regierungsbezirks Tübingen – Auszeichnungen, die in zwei Fällen auch mit der Vergabe von Preisgeldern verbunden waren.

Wenn jetzt im Zusammenhang mit der Schließung davon gesprochen wird, das Land habe die Stadt Mengen mit der finanziellen Belastung durch das Museum allein gelassen, zeugt dies einerseits von grundlegenden Missverständnissen über die Funktion von Anschubfinanzierungen sowie projektbezogenen Fördergeldern und wirkt andererseits wie eine schlechte Ausrede für Probleme, die wohl auf völlig anderer Ebene ungelöst vorhanden sind.

Museen sind keine bequemen Selbstläufer. Für den Museumsbetrieb sind kontinuierlich Anstrengungen und Anpassungen notwendig – längst nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch bei der Präsentations- und in der Betriebsform. Kein Museum kann für immer so bleiben, wie es einmal eingerichtet wurde. Es muss sich ständig neuen Entwicklungen stellen – und gerade darin liegen auch große Chancen. Hierzu sind Kreativität, Bürgerbeteiligung und unterschiedlichste Kooperationen vonnöten. Überall, auch in ländlichen Regionen, ist es wichtig, die Menschen einzubinden und auch ehrenamtliche Potenziale zu nutzen. Bei einem längerfristigen Prozess, in dem vom Museumsträger, der Stadt Mengen, Betriebsform und Strukturen auf Verbesserungsmöglichkeiten hin untersucht worden wären, hätten das Land (etwa in Form der auf Beratung spezialisierten Landesstelle für Museumsbetreuung) oder der Museumsverband Baden-Württemberg gerne mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Diese Chance der gemeinsamen Weiterentwicklung hat man mit dem eiligen Schließungsbeschluss verpasst.

So muss der Ball nicht an das Land, sondern an die Kommune zurückgespielt werden: Nicht das Land hat die Stadt im Stich gelassen, sondern die Stadt hat sich vermutlich nicht gründlich genug mit den Möglichkeiten und den Verpflichtungen, die sich aus der Gründung eines Museums ergeben, auseinandergesetzt. Augenscheinlich fehlt der notwen-

* *Präsident des Museumsverbandes Baden-Württemberg, für den Vorstand des Verbandes.*



Im Römermuseum Mengen-Ennetach gehen die Lichter aus.

dige, auf lange Dauer angelegte politische Wille jenseits aller tagespolitischen Auseinandersetzungen, ein Museum mit klarem Profil und Nutzen für die Kommune zu betreiben, und leider scheint es ohne diesen kommunalpolitischen Rückenwind auch nicht gelungen zu sein, das Projekt dauerhaft in der Bürgerschaft zu verankern.

Können öffentliche museale Einrichtungen vorrangig an ihrem betriebswirtschaftlichen Erfolg gemessen werden?

Ein weiteres in der Presse verbreitetes Argument für die Museumsschließung war die notwendige Subventionierung des Museumsbetriebs. Auch hier scheint ein grundsätzliches Missverständnis vorzuliegen, denn die meisten öffentlichen Kultureinrichtungen sind auf Zuschüsse angewiesen. Das zeugt nicht etwa von einem unausgereiften Business-Plan, sondern ist das Resultat einer realistischen Grundüberlegung: Nachhaltige Förderung aufgrund bewusster politischer Schwerpunktsetzungen ist geradezu ein Kennzeichen öffentlicher Kulturpolitik. Wenn die öffentliche Hand nur Projekte unterstützen würde, die sich auch ohne ihr Zutun wirtschaftlich rechnen, könnte sie sich auch ganz aus dem Geschehen zurückziehen – denn für solche Aufgaben finden sich jederzeit private Anbieter. So ist es ja auch in der Museumslandschaft Baden-Württem-

bergs gerade der gelungene und immer wieder neu auszutrierende Mix zwischen öffentlichen und privaten, ehrenamtlichen und hauptamtlichen, von Bund, Land, Kommunen, Stiftungen, Vereinen, Mäzenen oder Privatpersonen getragenen Museen, der ihren Wert und ihren Reiz ausmacht. Hätten nur privat und betriebswirtschaftlich gewinnbringend organisierte Museen eine Chance auf Existenz, würde man die Themenvielfalt unzulässig einengen – genauso, wie wenn man in staatsdirigistischer Manier nur öffentliche Museen zuließe. Was eine Gesellschaft sammelt, was sie ausstellt, an was sie erinnert und was sie diskutiert, soll und kann weder allein von privater noch allein von staatlicher Seite bestimmt werden.

Für die öffentlichen Einrichtungen aber gilt: Entscheidungen für eine Museumsgründung und ihren langfristigen Museumsbetrieb sind in erster Linie (kultur-)politische Entscheidungen. Inhaltliche Anliegen stehen hier im Vordergrund. Natürlich muss am Anfang auch die Frage stehen, ob sich ein Träger dauerhaft eine neu geplante Einrichtung leisten können. Und natürlich müssen Museen auch betriebswirtschaftlich denken und ihre laufenden Prozesse so wirtschaftlich wie möglich gestalten. Doch Museen gehören per se zu den Einrichtungen, die ihren Erfolg nicht ausschließlich an wirtschaftlichen Kennzahlen messen können. Sie produzieren primär einen ganz anderen Mehrwert für die Gesellschaft: Immer stärker zählen – nicht zuletzt in den ländlichen Regionen – die sogenannten weichen Standortfaktoren, wenn es darum geht, Menschen zu bewegen, dort zu leben oder Urlaub zu machen. Museen leisten mit ihren Sammlungen und Ausstellungen Grundlagenarbeit, sie tragen zur kulturellen Identität und Verwurzelung der Menschen in einer Region bei, sind Bildungsorte und können Anziehungspunkte für Bürger und Touristen sein.

Braucht Baden-Württemberg eine nachhaltigere Museums-Förderpolitik?

Am vorliegenden Beispiel stellt sich, wie leider auch schon bei anderen Museumsschließungen in der Vergangenheit, ganz grundsätzlich die Frage nach der Nachhaltigkeit von Anschubfinanzierungen – oft in Millionenhöhe. Denn die kommunale Entscheidung zur Schließung des Römermuseums Mengen-Ennetach bedeutet in diesem konkreten Fall zugleich auch ein Scheitern der staatlichen Förderpolitik. Viel Steuergeld wurde, so ist zu befürchten, in den Sand gesetzt.

In Baden-Württemberg sind – anders als beispielsweise in Bayern – verschiedene Landesminis-

terien an der Entwicklung der Museumslandschaft beteiligt und stellen Gelder für Neueinrichtungen in unterschiedlichen Zusammenhängen zur Verfügung. Sie verfolgen naturgemäß unterschiedliche Zielsetzungen, von der Kulturpolitik über die Infrastrukturpolitik bis hin zur Tourismusförderung. Die Förderentscheidungen werden bisher aber nicht von einer zentralen Stelle im Land im Hinblick auf ein Hauptkriterium, die Entwicklung der Museumslandschaft Baden-Württembergs, begutachtet oder aufeinander abgestimmt.

Außerdem gibt es kein automatisches Verfahren, das sicherstellt, dass fachliche Institutionen wie z. B. die Landesstelle für Museumsbetreuung oder der Museumsverband Baden-Württemberg mit einbezogen wären. In der Praxis werden diese Stellen zwar immer wieder gefragt – es hängt aber vom Einzelfall ab, ob dies geschieht und in welcher Weise das Ergebnis berücksichtigt wird. In anderen Bundesländern laufen die Entscheidungen über Fördergelder jeweils bei einer Stelle zusammen – so ist bei aller Unterschiedlichkeit der Fördertöpfe und ihrer Schwerpunkte die fachliche Expertise gewährleistet. Ein umfassendes Bild von den Chancen, aber auch den Verpflichtungen, die die Unterhaltung eines Museums mit sich bringt, zu erhalten, die Langfristigkeit einer solchen Entscheidung im Blick zu haben und neben den Fragen der Anschubfinanzierung alle wichtigen museumsspezifischen Fragen für den konkreten Einzelfall erörtern zu können – das wäre gerade für künftige Museumsträger sicher nützlich und hilfreich.

Museale Einrichtungen sind auf Langfristigkeit angelegt und sollten nicht zum Spielball kurzfristiger Überlegungen und Experimente werden.

Noch ein weiterer wichtiger Aspekt des Umgangs mit musealen Einrichtungen kann am Beispielfall des Römermuseums Mengen-Ennetach verdeutlicht werden: Mit dem Vorgehen und der Begründung bei

der eiligen Schließungsentscheidung wurde – unnötigerweise – viel Porzellan zerschlagen. So droht die Institution Museum insgesamt – unberechtigterweise – Schaden davonzutragen. In jedem Fall ist der abrupte Beschluss zur Museumsschließung ein Affront gegenüber allen staatlichen Geldgebern und gegenüber all den Personen und Institutionen, die zum bisherigen Erfolg beigetragen haben, sowie auch gegenüber den Gremien, die die genannten Preise an das Römermuseum vergeben haben. Viel Engagement, Wertschätzung und Vertrauen in die Langfristigkeit und Verlässlichkeit musealer Arbeit wurde damit, so ist zu befürchten, vor den Kopf gestoßen.

Das Fazit: Die staatliche Anschubfinanzierung allein und der wiederholte Ruf nach weiteren Fördergeldern reichen als Grundlage für ein Museum offensichtlich nicht aus. Es wäre wünschenswert, dass in Zukunft bei der Vergabe von Fördergeldern für Museumsneugründungen im Land eine zentrale Abstimmung erfolgt und fachliche Stellen miteinbezogen werden. Das könnte dazu beitragen, realistische Erwartungshaltungen an das jeweilige Museumsprojekt zu entwickeln – und damit die Nachhaltigkeit der Investitionen in ein solches Vorhaben zu steigern.

Öffentliche Museen können und dürfen nicht primär an ihrem betriebswirtschaftlichen Erfolg gemessen werden. Wichtig für ihren dauerhaften Bestand ist eine doppelte Entscheidung: Zunächst und im Kern ist es eine politische und inhaltliche Frage, zu welchem Thema und mit welcher Zielsetzung ein Träger ein Museum einrichten und betreiben will. Erst auf diesem Fundament stellt sich die wirtschaftliche Frage, wie und in welchem Umfang sich der Träger diese museale Einrichtung leisten kann. Die Entscheidung für ein Museum muss unabhängig von kurzfristigem Kalkül auf lange Zeit und auf Nachhaltigkeit angelegt sein.